

# Das neue Volksherr – des Führers Werk

## Vor vier Jahren zerbrach Adolf Hitler die Fessel der deutschen Wehrlosigkeit und sicherte des Reiches Freiheit

März 1935. Am 1. März hatte der Führer das deutsche Saarland wieder heim ins Reich geholt. Der Regen, der diesen Freudentag überschüttete, hatte dem Jubel der Saarländer und des ganzen deutschen Volkes keinen Abbruch tun können, aber der Führer hatte sich bei dem stundenlangen Vorbermerk der Formationen in Saarbrücken eine Erläuterung zugezogen. Das war für die Auslandspresse ein gefundenes Fressen. Der Führer krank! Das war ja eine Sensation, auf die man sich stützen und die man nach Herzenslust auspressen konnte. Die Verdächtigungen förmlich von mittelbiger Besorgnis um des Reiches Oberhaupt. Es sollte schlecht stehen, hatten die Herren gehört. Der Führer hatte sich auf den Oberjalsberg zurückgezogen, und sie zogen ihre Schlüsse daraus.

Am 15. März tritt eine plötzliche Wendung ein. Der „so schwer erkrankte“ Führer taucht mit einemmal in Berlin auf und bringt eine Arbeitstrift mit, die für viele Gefunde ausgereicht hätte. Gleich nach seiner Ankunft beruft er Minister und Generale zu sich. Bis spät in die Nacht hinein wird hinter den erleuchteten Fenstern der Reichskanzlei beraten. Schließlich geht auch den Vertretern der Auslandspresse ein Licht auf, daß hier etwas in der Luft liegt. Aber was? Von den maßgebenden Verantwortlichen ist kein Sterbenswörtlein zu erfahren. Es heißt, daß es sich um etwas sehr Wichtiges handeln sollte.

Am 16. März findet eine Kabinetts-Sitzung statt. Die Meldung, die darüber ausgeht, erhöht die Spannung. Es heißt darin, daß vom Ministerrat ein Aufruf und ein Gesetz beschlossen worden seien, die von weittragender Bedeutung seien. Endlich am Nachmittag empfängt Reichsminister Dr. Goebbels nacheinander die Vertreter der deutschen und der Auslandspresse, und das erlösende Wort fällt. Die große Ueberraschung heißt: Die allgemeine Wehrpflicht ist eingeführt.

Die Wirkung ist ungeheuer. Wie eine Bombe schlägt es ein. Die deutschen Pressevertreter sind außer sich vor Freude, die Auslandspresse ist einen Augenblick lang völlig benommen. Dann hastet alles zur Arbeit. Telegraph und Telefon haben an diesem Abend eine Kleinleistung zu vollbringen. Bald erscheinen die ersten Extrablätter, und im Handumdrehen weiß es das ganze deutsche Volk und die Welt: Deutschland hat seine Wehrhoheit wiederhergestellt.

Am 17. März ist Heldengedenktag. Aber es ist kein Trauertag mehr wie bisher. Den Weltkriegsalbaten ist ihre Ehre zurückgegeben worden. Als der Führer zur Heldengedenkfeier in die Staatsoper fährt, da ruft ihm Berlin den Dank des deutschen Volkes zu.

So groß der Jubel des deutschen Volkes ist, so tief ist die Bestürzung des Auslandes. In London meint man, Deutschland verläufe einem doch immer das Konzept; man sei doch eben — beinahe — gerade vor dem Abschluß eines „frei ausgehandelten Abkommens“ gestanden, das Deutschland ganz gewiß, ohne allen Zweifel, sein Recht gewährt haben würde. Paris leift, schreit entsetzt nach „Sanktionen“ und nach „Sicherheit“. Der Völkerbund wacht für einen Augenblick aus seinem ewigen Schlafzustand auf, versinkt aber sofort wieder in seine alten Unarten und glaubt

noch immer, das Recht eines freien Volkes mit einer gouvornantenlasten Kugel aufhalten zu können. Deutschland protestiert gegen diesen neuen Diskriminierungsversuch aufs schärfste. Der ehemalige englische Schatzkanzler, Snowden selbst erklärt den vom Völkerbund gegen Deutschland ausgesprochenen Tadel als die „größte Tat salbungsvoller Heuchelei“.

Der Führer versäumte nicht, in dem Aufruf, den er aus Anlaß der Herstellung der Wehrfreiheit an das deutsche Volk richtete, und später nochmals in seiner großen Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 die ungeheuren Opfer, die Deutschland der Abrüstung gebracht hat, gebührend in Erinnerung zu bringen. Unge-

werden. Eine internationale Kontrolle der Abrüstungsmahnahmen wurde in Aussicht gestellt. Frankreich ergänzte diesen Plan noch dadurch, daß die politischen Kampfverbände der NSDAP auf die deutsche Heeresstärke angerechnet werden sollten, während dies in den anderen Ländern natürlich nicht zu geschehen habe und nicht einmal Frankreichs Kolonialarmee in Rechnung gestellt werden sollte. Deutschland nahm ungeachtet dessen den MacDonald-Plan als mögliche Grundlage an, meldete allerdings keine Einwände gegen die allzu plumpen Benachteiligungen Deutschlands an.

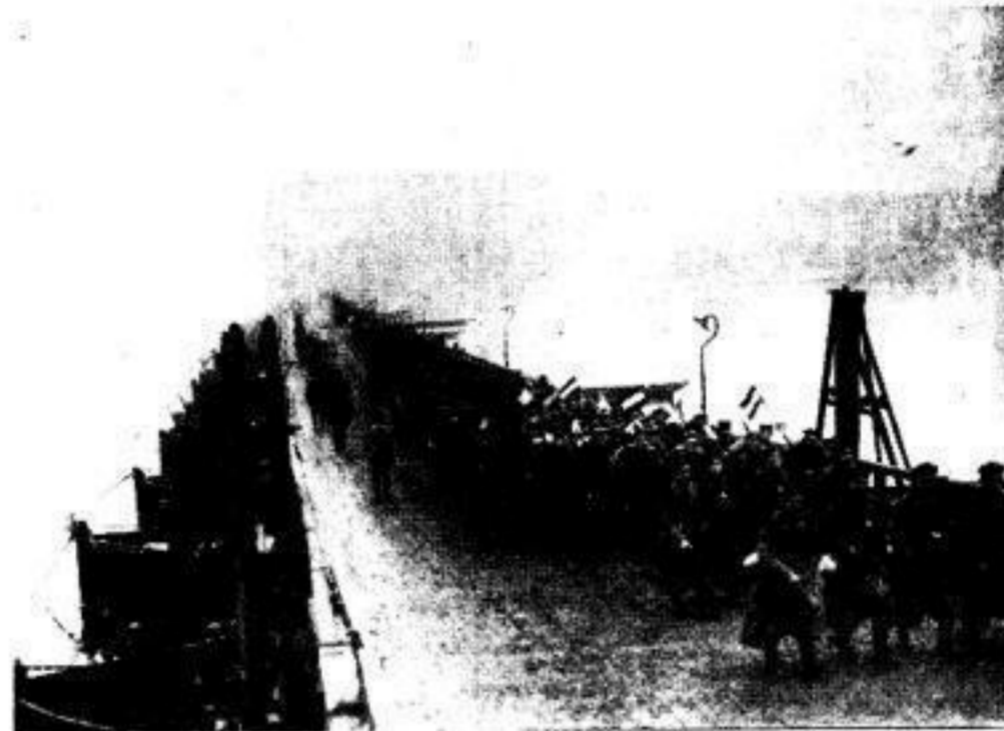
Am 17. Mai 1933 sprach der Führer. Er ging noch über den MacDonald-Plan hinaus und er-

Deutschland tritt aus der Abrüstungskonferenz und gleichzeitig aus dem Völkerbund aus.

Das ist ein furchtbarer Schlag in das Genfer Kontor. Die ganze Konferenz wird in Frage gestellt. Man beginnt auf einmal zu bemerken, daß dieses Deutschland nicht mehr das von Weimar ist. Mit diesem Deutschland kann man nicht spielen. London und vor allem Paris sind in höchster Aufregung.

Berlin aber bleibt völlig beherrscht. Es gibt den Gedanken der Abrüstung trotz aller schlechten Erfahrungen selbst jetzt noch nicht preis, ja, es unterbreitet sogar von sich aus einen neuen Vorschlag. Es will sich mit einem 300000-Mann-Heer mit einjähriger Dienstzeit auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht begnügen, beansprucht aber für dieses Heer alle Verteidigungswaffen. Die nationalsozialistischen Verbände sollen wie alle „paramilitärischen“ Verbände anderer Länder einer internationalen Kontrolle unterworfen werden. Ferner schlägt Deutschland seinen Nachbarn zehnjährige Nichtangriffspakte vor.

Obgleich die Weltmächte durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gewichtig sein sollten, werden auch die neuen Vorschläge des Führers mit Wenn und Aber zerrudert. Die Abrüstungskonferenz schleppt sich ein weiteres volles Jahr ergebnislos hin. Der Führer warnt am 30. Januar 1934: „Deutschland fordert seine Gleichberechtigung. Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu ver-



Die graue Front hatte ihre Pflicht getan. Geordnet zogen die unbesiegten deutschen Truppen in die Heimat zurück, die von den roten Landesverrättern in ein Chaos verwandelt worden war. Aufnahmen: Archiv NS-Verlag (2); Sammlung Selber

heure Zahlen konnte er als Kronzeugen ins Feld führen.

Als der Führer zur Macht kam, sagte in Genf die Abrüstungskonferenz. Sie war am 2. Februar 1932 eröffnet worden. Von vornherein hatte Deutschland dort seinen Gleichberechtigungsanspruch angemeldet, und diese Forderung, deren Berechtigung niemand bezweifeln konnte, war schließlich auf Vermittlung des englischen Ministerpräsidenten MacDonald grundsätzlich, wenn auch vertäufellert, anerkannt worden. Allerdings bemühte man sich nach Kräften, sie in der Folgezeit totzuschweigen oder doch wenigstens in den Hintergrund zu drängen. Aber Deutschland schwieg nicht mehr.

Am 16. März 1933 trat MacDonald mit einem Abrüstungsplan hervor. Er enthielt für Deutschland die Forderung, daß die Reichswehr abgeschafft werden und an ihre Stelle ein nach dem Milizsystem kurzfristig dienendes Heer von 200000 Mann treten solle. Das Reich sollte ferner auf die Luftwaffe verzichten, in der Marine sollten nur Erfahrungsaufnahmen vorgenommen

würden, daß Deutschland auf alle Angriffswaffen Verzicht leisten wolle unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die anderen das gleiche tun. Er bot damit die Möglichkeit einer allgemeinen Abrüstung, wie sie bei ehrlichem Willen nicht besser gefunden werden konnte. Frankreich antwortete am 23. Mai durch den Mund Paul-Boncour's. Er jagte wütlich: „Es wäre geradezu ein Verrat am Völkerbund, wenn man die wertvollsten Angriffswaffen zerhören wolle...“ Und Sir John Simon gab am 26. Mai die Meinung Englands wieder: „Es wäre töricht, sich der Illusion hinzugeben, daß man am Vorabend eines allgemeinen Abkommens stünde“.

Am 14. Oktober 1933 ist wieder ein „großer Tag“ in Genf. Sir John Simon spricht und stellt in Aussicht, daß in acht Jahren „ein bestimmtes Maß von Abrüstung“ erreicht werden solle. Von der deutschen Gleichberechtigung kein Wort. Es ist klar, hier muß eine deutliche Antwort gegeben werden. Kurz nachdem die Meldung über die neue Diffamierung Deutschlands nach Berlin gelangt ist, gibt der Führer diese Antwort:



„Wir müssen alles zugeben und alles zugeben, dann werde sie uns schon verzeihen.“ Mit diesem Grundsatz leitete der Erzvater Matthias Erzberger die Erfüllungspolitik ein, die mit der völligen Wehrlosigkeit Deutschlands endete.

weigern, und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern.“ Mussolini als Staatsmann mit klarem realpolitischem Blick erkennt schon damals: „Zu glauben, daß ein großes und starkes Volk wie das deutsche in einer bewaffneten Welt auf die Dauer entwaffnet gehalten werden kann, ist eine Illusion“.

Koch immer gibt Deutschland seine Bemühungen nicht auf. Der Führer setzt Joachim von Ribbentrop zum Sonderbeauftragten für Abrüstungsfragen ein, der in unmittelbarer Aussprache mit den Männern des Auslandes einen Ausweg aus der verfahrenen Situation suchen soll. Am 8. Juli 1934 meldet sich Adolf Heck von Königsberg aus mahnend und warnend an die Frontkämpfer der Nachbarstaaten und wird von diesen verstanden, aber nicht von den Politikern. Adolf Hitler versichert nach der Rückkehr des Saargebietes, daß Deutschland an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr stelle. Auch dies ist umsonst. Ja, Frankreich sagt sich sogar am 15. März 1935 ausdrücklich von der Abrüstungsverpflichtung des Versailler Vertrages los und kündigt die zehnjährige Dienstzeit für sein Heer an.

Jetzt ist die Geduld des Führers zu Ende. Er hat Beweise genug, daß die demokratischen Mächte jede wirkliche Abrüstung planmäßig sabotieren. Es hätte vielleicht der zehnjährigen Bemühungen nicht bedurft, um diese Erkenntnis zu gewinnen. Aber der Führer hatte Nerven genug, um dieses schwierige Exempel durchzusetzen. Die Weltmächte hatten durch ihre dauernde Weigerung jedes moralische Recht verwirkt, noch von Abrüstung zu sprechen. Die rechtliche Waffe war ihnen damit aus der Hand geschlagen. Nun packte der Führer mit der ihm eigenen Entschlossenheit zu und schuf in einer Wiederaufrüstung ohnegleichen die Wehrmacht, die er für seine Politik einlegen konnte und die er in den folgenden Jahren, vor allem 1938, zum Ruhm des großen deutschen Volkes auch eingesetzt hat. Willy Erhardt



Am 16. März 1935 tilgte der Führer die Schande, die den Fahnen der ruhmvollen deutschen Armee zugefügt worden war. Am Heldengedenktag schmückte Adolf Hitler die Feldzeichen, die dem neuen Heer Vorbild sein sollten, mit dem Ehrenkreuz des Weltkrieges.